

Das Sammeln von Unterstützungsunterschriften, um bei den Präsidentschaftswahlen antreten zu können

(21. Februar 2022)

All diejenigen, die sich 2022 für das Präsidentenamt der V. Republik bewerben wollen, müssen nachweisen, dass mindestens 500 gewählte Volksvertreter ihre Kandidatur unterstützen. Denn nur eine ausreichende Zahl von Patenschaften berechtigt zur Teilnahme am ersten Wahlgang am 10. April 2022.

Ein solcher Nachweis muss von dem Volksvertreter, der bereit ist, als Pate einzustehen, per Post an den Verfassungsrat geschickt werden und darf erst eingesandt werden, wenn das *décret de convocation des électeurs* (dt.: Dekret zur Einberufung der Wähler) veröffentlicht wurde, was spätestens zehn Wochen vor dem ersten Wahlgang geschehen muss. Der 6. Freitag vor dem ersten Wahlgang ist der letztmögliche Termin, zu dem eine Wahlpatenschaft eingereicht werden kann, im Jahr 2022 ist dies der 4. März.

Die Mandatsträger, die ein Kandidat für sich gewinnen muss, müssen aus 30 unterschiedlichen Départements kommen, und nur ein Zehntel von ihnen, also 50, darf in demselben Département politisch aktiv sein.

Eine valide Unterstützungserklärung leisten können

- Mitglieder der Assemblée Nationale, Senatoren und französische Mitglieder des Europaparlaments
- Mitglieder der Département- und Regionalräte und Mitglieder und Präsidenten der Räte von Korsika und der französischen Überseegebiete
- Bürgermeister, Präsidenten von kommunalen Zusammenschlüssen und die Mitglieder der Räte von Paris und der Metropole Lyon
- Die Mitglieder der Versammlung der Auslandsfranzosen und die Präsidenten der Konsularräte

Eingeführt wurde diese Regelung 1962. Zunächst waren nur 100 Unterschriften nötig, um bei der Wahl antreten zu können, 1976 wurde die Zahl auf 500 erhöht. 2016 wurde außerdem festgelegt, dass zweimal wöchentlich veröffentlicht werden muss, welcher Mandatsträger welchem Kandidaten mit seiner Unterschrift eine Kandidatur ermöglichen möchte. Durch die Verpflichtung, Unterstützungsunterschriften nachzuweisen, soll die Zahl der Wahlvorschläge überschaubar bleiben und verhindert werden, dass Personen, die über wenig Rückhalt und Bekanntheit in der Bevölkerung verfügen, kandidieren. Vor der Präsidentschaftswahl 2017 haben 14.296 (34 %) der 42.000 dafür berechtigten Mandatsträger 61 unterschiedlichen Bewerbern ihre Unterschrift gegeben. Elf von ihnen konnten letztlich an der Wahl teilnehmen.

Die Menge der Unterschriften, die ein Bewerber für sich sammeln kann, entspricht nicht zwangsläufig seinem Bekanntheitsgrad und seinem Stand in den Meinungsumfragen. Unter den sechs Politikern, die bis zum 21. Februar 2022 über 500 Unterstützungsunterschriften erhalten haben, finden sich mit Nathalie Arthaud, Jean Lassalle und Fabien Roussel drei, die in Umfragen, die zum gleichen Zeitpunkt veröffentlicht wurden, bei Stimmanteilen zwischen 0,3 % und 4,1 % standen. Gleichzeitig fehlen der hier mit 16,6 % notierten Marine Le Pen, die mit Unterstützung des rechtspopulistischen *Rassemblement National (RN)* antreten möchte, noch 107, Jean-Luc Mélenchon, den die Demoskopien bei 10,2 % sehen und der der linkspopulistischen Partei *La France insoumise (FI)* angehört, noch 58 und dem unabhängigen Rechtspopulisten Éric Zemmour, für den ein Stimmanteil von 14,5 % vorausgesagt wird, noch 150. Dafür gibt es mehrere Gründe:

- Eine neue Konkurrenzsituation: Marine Le Pen und Éric Zemmour vertreten ähnliche Positionen und bemühen sich deshalb um die Unterstützung der gleichen Volksvertreter; viele Gewählte, die der *Parti Communiste Français (PCF)* angehören, unterstützen 2022 den PCF-Kandidaten Fabien Roussel und nicht wie 2012 und 2017 Jean-Luc Mélenchon
- Verluste des *RN* und des *FI* bei den Kommunalwahlen 2019 und den Regionalwahlen 2020 haben zur Folge, dass beide Parteien auf regionaler und lokaler Ebene weniger Mandatsträger stellen als 2017
- Wegen der Veröffentlichung aller getätigten Patenschaften scheuen Gewählte davor zurück, Patenschaften für Kandidaten zu unterschreiben, die links- oder rechtsextreme Positionen vertreten

Um zu verhindern, dass die Präsidentschaftswahl durch den systembedingten Ausschluss eines Kandidaten, der in der Wählerschaft viel Rückhalt genießt, diskreditiert wird, hat eine vom früheren Premierminister Lionel Jospin geleitete Kommission 2012 vorgeschlagen, das nötige Minimum von 500 Patenschaften von gewählten Volksvertretern durch ein Minimum von 150.000 Patenschaften von wahlberechtigten Bürgern zu ersetzen. Dieser Vorschlag wurde trotz einer entsprechenden Gesetzesinitiative 2020 allerdings nicht umgesetzt.

François Bayrou, Vorsitzender der Regierungspartei *Mouvement démocrate (MoDem)*, hat deshalb als kurzfristige Maßnahme vorgeschlagen, einen Pool von Mandatsträgern zu bilden, aus dem all jene Kandidaten, die in den Umfragen über 10 % liegen, aber nicht ausreichend Unterschriften für eine Wahlteilnahme erhalten haben, Unterschriften abrufen können. Laut Aussage von Bayrou haben bis zum 21. Februar 80 Mandatsträger ihre Bereitschaft signalisiert, vorerst keine Unterstützungsunterschrift zu leisten und die das von Bayrou gebildete Kollektiv *Notre Démocratie* zu unterstützen.